

Birte Seffert*

China auf dem Weg zur Wissengesellschaft: Entwicklungen und Probleme im Pflichtschulbereich

Gliederung

- 1 Einleitung
- 2 Struktur des Pflichtschulsystems
- 3 Reformziele und ihre Umsetzung bis zum Jahr 2000
 - 3.1 Neunjährige Schulpflicht
 - 3.2 Bildungsfinanzierung
 - 3.3 Mobilisierung von Finanzquellen
 - 3.4 Qualität der Bildung
- 4 Schluss
- 5 Literaturverzeichnis

1 Einleitung

China hat sich viel vorgenommen für das 21. Jahrhundert. Das erklärte Ziel ist es, den Ausbau der sozialistischen Marktwirtschaft voranzutreiben und China zu einem modernen, wettbewerbsfähigen Land zu machen, das sich bis 2020 im mittleren Einkommensbereich befindet (*xiaokang shehui*). Dieses Ziel hatte Jiang Zemin auf dem XVI. Parteitag der KPCh im letzten Jahr erneut bekräftigt.¹ Das Schlüsselwort für den Modernisierungsprozess ist Wissensgesellschaft (*zhishi jingji, knowledge economy*). Die chinesische Führung hat erkannt, dass Wohlstand, Wirtschaftswachstum und Wettbewerbsfähigkeit in Zukunft von der Fähigkeit abhängen, Wissen zu schaffen, zu nutzen und sich immerwährend kreativ, innovativ und flexibel an die Bedürfnisse des Marktes und der Gesellschaft anpassen zu können.² Wissen soll in Zukunft den wichtigsten Faktor im Produktionsprozess darstellen, dadurch verändert sich der Arbeitsmarktbedarf und wird die Ausbildung flexibler, mobiler und besser qualifizierter Arbeitskräfte erforderlich.

Dem Bildungswesen kommt im Rahmen dieser Strategie eine zentrale Rolle zu. Bildung ist seit Beginn der Reformperiode neben Wissenschaft und Technologie zum Motor für Wirtschaftsentwicklung und Modernisierung

geworden. Das Bildungswesen hat die Aufgabe, die „Qualität“ (*suzhi*) der Bevölkerung in intellektueller, moralischer, körperlicher und ästhetischer Hinsicht zu heben (*quanmian fazhan*), Talente heranzubilden, Wissen zu produzieren und in materielle Werte umzusetzen. Damit steht das Bildungswesen unmittelbar im Dienste des wirtschaftlichen Aufbaus und ist nach chinesischem Verständnis auch als „Industrie“ (*chanye*) zu betrachten, weil es direkten Einfluss auf die Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes und der Einkommen habe.³

Das Bildungswesen wird als kritischer Punkt für die Verwirklichung der Wissensgesellschaft betrachtet, denn China sieht sich seit Jahren mit den gleichen Problemen konfrontiert:

- Das Bildungsniveau der Gesamtbevölkerung ist trotz der Erfolge der letzten 50 Jahre weiterhin niedrig, die Analphabetenrate vor allem unter Frauen zu hoch,
- der Bildungssektor leidet an mangelnder Finanzierung und an mangelnden Investitionen vor allem in den ländlichen und Armutsgebieten,
- Qualität und Effizienz des Bildungswesens sind noch nicht ausreichend für die angestrebte internationale Wettbewerbsfähigkeit.

In der Literatur wird in erster Linie die Bedeutung der tertiären Bildung für Innovation und industrielle Entwicklung betont.⁴ Demnach mangelt es China an ausgebildeten und kompetenten Fachkräften, die tertiäre Bildung ist nicht weit genug verbreitet und die Ausbildung nicht auf die Erfordernisse der Wissensgesellschaft ausgerichtet. Die Grundbildung aber wird in der Begeisterung über Informations- und Kommunikationstechnologien, Innovationspotenziale und Wirtschaftswachstum oftmals übersehen.

Nachdem die chinesische Regierung lange der tertiären Bildung eine Vorreiterfunktion einräumte, hat sich in den letzten Jahren die Erkenntnis durchgesetzt, dass der Grundbildung bei der Lösung der unmittelbaren Probleme und der Etablierung einer Wissensgesellschaft eine entscheidende Funktion zukommt. So stellte zum Beispiel der damalige Ministerpräsident Zhu Rongji auf einer ersten nationalen Konferenz zur Grundbildung 2001 fest:

Ohne die Stärkung der Grundbildung ist es unmöglich, die Regeneration der chinesischen Nation zu realisieren, und unmöglich, unser Land in ein mächtiges, modernes Land zu verwandeln.⁵

Ohne ein breites Bildungsfundament in der gesamten Bevölkerung, ohne Angleichung der bestehenden Ungleichheiten und ohne effiziente, qualitativ hochwertige

³Zhang Baoqing, „On a Few Major Relationships in Today's Educational Work“, in: *Chinese Education and Society*, Jan./Feb. 2000, S.7-37; Li Jingwen, „The Transformation in the Nature of Education: Education is both an Undertaking (*shiyue*) and an Industry (*chanye*)“, in: *Chinese Education and Society*, Jan./Feb. 2000, S.47-52. Die moderne chinesische Bildungsterminologie betont den ökonomischen Aspekt der Bildung. Sie bewegt sich wie andere Industriebereiche zwischen Investition und Output und sei daher als Industrie zu betrachten.

⁴Seiichi Masuyama & Donna Vandenbrink, *Towards a Knowledge Economy. East Asia's Changing Industrial Geography*, Nomura Research Institute, Tokyo/Institute of Southeast Asian Studies, Singapore, S.16ff.; World Bank (2001a), S.9.

⁵Zit. aus dem Englischen, Xinhua, 13.6.2001, nach FBIS, 14.6.2001.

¹Vgl. Heike Hölbig, „Der XVI. Parteitag der KPCh. Teil II: Politische Weichenstellungen“, in: C.a., 2002/12, S.1402-1412.

²World Bank (2001a), „China and the Knowledge Economy: Seizing the 21st Century“, www.worldbank.org/html/fpd/technet/dahlman_china.pdf, S.6.

Grundbildung wird es China nicht gelingen, auf die genannten Probleme zu reagieren. Die chinesische Regierung hatte sich daher im Bewusstsein der Bedeutung der Grundbildung für den Modernisierungsprozess bis zum Jahr 2000 ehrgeizige Ziele für den Pflichtschulbereich gesetzt:

1. Die neunjährige Schulpflicht sollte im ganzen Land im Wesentlichen verbreitet sein.
2. Die staatlichen Ausgaben für das Bildungswesen sollten auf 4% des BIP erhöht werden bei gleichzeitiger jährlicher Steigerung der Ausgaben pro Schüler im Pflichtschulbereich.
3. Die Trägerschaft und Finanzierung der Pflichtschulen durch „alle sozialen Kräfte“ sollte vorangetrieben werden.
4. Die Qualität der Bildung sollte durch Reform der Curricula, Lehrmethoden, -bücher und der Lehrerausbildung im Rahmen eines umfassenden neuen Bildungskonzeptes verbessert werden.

Die Bedeutung des Bildungswesens wurde auf dem Anfang März diesen Jahres abgehaltenen Nationalen Volkskongress noch einmal bestätigt. Zhu Rongji äußerte in seinem Regierungsbericht:

Wir müssen die Reform des Bildungssystems vertiefen, zu innovativen Bildungsansätzen ermutigen und eine an Kompetenzen orientierte Erziehung (...) fördern. Wir müssen die Entwicklung aller Arten von Bildung auf allen Ebenen beschleunigen und die Qualität der Bildung verbessern.⁶

Im Rahmen dieses Artikels soll die Realisierung der genannten Reformziele bis zum Jahr 2000 anhand von offiziellem statistischen Material kritisch überprüft werden: Wie weit ist die Regierung bei der Verwirklichung ihrer Ziele bisher gekommen und welche Probleme existieren weiterhin oder haben sich sogar erst aus den Reformen ergeben? Wo gibt es Fortschritte oder vielleicht Rückschritte, welche Hindernisse bestehen noch? Wenn die offiziellen Zahlen auch nur Tendenzen widerspiegeln können und ihre Verlässlichkeit kaum zu überprüfen ist, so dürften sie doch Aufschluss über den Stand der Reformen im Pflichtschulbereich geben. Ausgehend davon sollen dann abschließend eine Bewertung des bisherigen Beitrags der Grundbildung bei der Etablierung einer modernen Wissensgesellschaft und ein kurzer Ausblick auf die Maßnahmen gegeben werden, die zur Lösung bestehender Probleme ergriffen werden können oder die bereits ergriffen wurden.

2 Struktur des Pflichtschulsystems

Die neunjährige Schulpflicht umfasst die sechsjährige Grundschule (*xiaoxue*) und daran anschließend die dreijährige Sekundarstufe I (*chuzhong*), die untere Stufe der insgesamt sechsjährigen Mittelschule. Die Volksrepublik orientiert sich damit an dem um 1920 nach amerikanischem Vorbild eingeführten Schulmodell. Abgesehen von verschiedenen Versuchen, nach 1952 mit kürzerer Schul-

dauer zu experimentieren, erwies sich das Modell 6+3 als beständig.⁷

Tab. 1: Schulen und Schülerzahlen 2000

Schultyp/Region	staatlich	Schüler	nicht-staatlich	Schüler
landesweit				
Grundschulen	731.682	128.884.487	7.052	1.308.061
Sekundarstufe I*	60.905	60.696.537	1.799	979.921
Gesamtmittelschulen	8.864	k. A.**	873	k. A.
Urban (<i>shi</i>)				
Grundschulen	37.607	17.609.982	1.367	556.525
Sekundarstufe I	8.009	9.879.335	704	467.016
Gesamtmittelschulen	3.415	k. A.	595	k. A.
Kreise (<i>xian</i>) und Gemeinden (<i>zhen</i>)				
Grundschulen	96.272	26.682.858	1.107	246.046
Sekundarstufe I	14.018	16.695.469	660	349.974
Gesamtmittelschulen	3.740	k. A.	234	k. A.
Dörfer (<i>nongcun</i>)				
Grundschulen	597.803	84.531.647	4.578	505.490
Sekundarstufe I	38.878	67.748.772	435	162.931
Gesamtmittelschulen	1.709	k. A.	44	k. A.

* Auf die zusätzliche Aufstufung der berufsbildenden Mittelschulen (*zhiye xuexiao*) wird hier verzichtet. Sie werden im Rahmen dieser Arbeit nicht behandelt, da ihre Zahl seit Jahren sinkt. Der Großteil der Mittelschulen ist allgemeinbildend ausgerichtet und soll auf den Übergang zur oberen Mittelschule vorbereiten.

** Die Schülerzahlen an Gesamtmittelschulen sind in der Quelle nicht gesondert aufgeführt.

Quelle: MOE, *Educational Statistics Yearbook* (ESYC) 2000, S.59f. und 82.

Landesweit existierten im Jahr 2000 738.734 staatliche und nichtstaatliche Grundschulen⁸ mit über 130 Millionen Schülern sowie 62.704 Mittelschulen der Sekundarstufe I und 9.737 Gesamtmittelschulen (*wanquan zhongxue*) mit mehr als 61 Millionen Schülern, in denen Sek. I und Sek. II zusammengefasst sind (vgl. Tabelle 1). Die Zahl der Grund- und Mittelschulen nimmt seit mehreren Jahren ab, weil Schulen zusammengelegt oder geschlossen werden und die Schülerzahlen der Grundschulen zurückgehen.⁹

⁷ Stig Thøgersen & Jürgen Henze, Stichwort: „Schulwesen“, in: Staiger, Friedrich, Schütte (Hrsg.), *Das große China-Lexikon*, Darmstadt: Primus-Verlag 2003, S.734-739. In einigen ländlichen Regionen beträgt die Grundschule bisher nur fünf Jahre. Circa ein Drittel aller Grundschulen landesweit bietet weniger als 6 Jahre Unterricht an. Kalkuliert aus MOE, *Educational Statistics Yearbook of China* (ESYC) 2000, S.82.

⁸ Die Anzahl der Grundschulen setzt sich jeweils aus den regulären Schulen und den externen Unterrichtsplätzen (*jiaoxue dian*) zusammen. Sie dienen in Ermangelung regulärer Schulhäuser – vor allem auf dem Land aber auch in einigen städtischen Gebieten – als Unterrichtsräume. Sie machten im Jahr 2000 24,3% aller Grundschulen aus. In einigen Quellen werden sie statistisch allerdings nicht berücksichtigt, daher fällt die absolute Zahl der Grundschulen dort weitaus niedriger aus.

⁹ Vgl. NBSC, *Statistical Yearbook of China* (SYC) 2000, S.651.

⁶ Zit. aus der englischen Version des Regierungsberichtes von Zhu Rongji, BBC EF, 21.3.2003.

Obwohl das Recht auf Bildung bereits in der ersten Verfassung von 1954 festgeschrieben wurde (Art. 94 und 95), kann man von einer Schulpflicht erst mit dem Verfassungszusatz von 1982 sprechen, der das Grundrecht auf Bildung durch eine Verpflichtung zur Bildung ergänzte (Art. 46). Diese Ergänzung mündete 1986 schließlich in die Verabschiedung des ersten Gesetzes über die allgemeine Schulpflicht. Darin wurde festgelegt, dass die neunjährige Schulpflicht unabhängig von Geschlecht, Nationalität oder Rasse ab dem Alter von sechs bzw. sieben Jahren¹⁰ gewährleistet werden muss. Die Verantwortung zur Umsetzung der Schulpflicht tragen die örtlichen Behörden.¹¹

Während die Formulierung von Richtlinien und die Makroplanung in die Verantwortung der Zentralregierung bzw. des Bildungsministeriums fällt, ist die Verwaltung und Finanzierung der Grund- und Mittelschulen seit den Reformen von 1985 dezentral organisiert. Grundschulen unterstehen seitdem der Lokalverwaltung, die Sekundarstufe I wird von den Kreisen bzw. Stadtbezirken verwaltet.¹² Der Pflichtschulsektor wird somit, abgesehen von Beihilfen der Zentralregierung für Armut- und Minderheitenregionen, größtenteils lokal finanziert. Die Finanzierung der Bildung stellt für die Lokalregierungen eine erhebliche Belastung dar.¹³

Dies war ein Grund für die Erschließung zusätzlicher Quellen, wie sie das Bildungsgesetz 1995 ermöglichte. Obwohl der Staat im Pflichtschulbereich weiterhin der Hauptinvestor bleiben soll, werden „soziale Kräfte“, also Unternehmen, gesellschaftliche Gruppen und Privatpersonen, dazu ermutigt, sich am Aufbau und der Verwaltung von Schulen zu beteiligen (Artikel 46). Die Schulen selbst sollen sich durch gewerbliche Tätigkeiten mitfinanzieren und sich nicht ausschließlich auf die öffentliche Hand verlassen, ohne jedoch den Lehrbetrieb zu beeinträchtigen (Artikel 58). Außerdem sind Spenden, Hilfsfonds und Darlehen zusätzliche nichtstaatliche Finanzierungsquellen.¹⁴ Schulgebühren dagegen dürfen laut Schulpflichtgesetz im Pflichtschulsektor nur für Bücher und Materialien, Essensgeld und Schuluniform erhoben werden (Art. 10).

Im Lehrplan der Grundschulen werden die Fächer Chinesisch und Mathematik betont.¹⁵ Weitere Fächer sind Naturwissenschaften, Geschichte, Geographie, Sport, Mu-

sik und Kunst sowie ideologisch-moralische Erziehung und Arbeitstechnik. Der Fächerkanon wird in der Sekundarstufe I geringfügig erweitert, der Anteil der ideologisch-moralischen Erziehung und vor allem des Fremdsprachenunterrichts nimmt zu.¹⁶ Englisch sowie Computerkurse sollten nach Meinung vieler Eltern so früh wie möglich angeboten werden; wo dies für die Schulen nicht möglich ist, werden in den Städten nicht selten kostenpflichtige Zusatzkurse, zunehmend auch durch muttersprachliche Lehrer, angeboten. Zumindest in den Städten endet der Schultag erst gegen 15 Uhr. Der Nachmittag ist mit verschiedenen außerschulischen Aktivitäten wie Musizieren, Werken, Englisch oder Nachhilfe gefüllt. Hausaufgaben sind zusätzlich am Abend zu erledigen.

Generell zeichnet sich das Bildungssystem durch eine starke Betonung schriftlicher Prüfungen und eine damit verbundene Selektion aus, denn allein die Prüfungsergebnisse entscheiden über den weiteren Bildungsweg. Dies erklärt den auf Auswendiglernen und Rezitieren ausgelegten Unterrichtsstil. Die Sekundarstufe I wird durch Prüfungen abgeschlossen, deren Noten darüber entscheiden, ob das Kind direkt in den Arbeitsmarkt eintritt oder eine weiterführende Schule besuchen kann.

Die Schulen auf dem Land unterscheiden sich von den städtischen gravierend in Bezug auf das Niveau der Lehrerausbildung, die Zahl der Lehrkräfte sowie die bauliche und materielle Ausstattung der Schulen und die Infrastruktur. Für die ländlichen Gebiete existieren an den Arbeitsrhythmus der Bauern angepasste Schulmodelle wie Teilzeit- oder Halbtagschulen mit verkürzter Schuldauer: Der Fächerkanon ist oftmals reduziert auf die chinesische Sprache, Mathematik sowie die Vermittlung von Allgemeinwissen. In ländlichen Gebieten existieren weiterhin *minban*-Schulen, die keine finanzielle Unterstützung durch die Behörden erhalten, sondern Lehrer, Räume und Material mit Geldern der Dorfgemeinschaft selbst finanzieren.¹⁷ Die Qualifikation der *minban*-Lehrer liegt oftmals nur auf Primarschulniveau. Ihre Zahl ist in den letzten Jahren stark zurückgegangen; im Jahr 2000 machten sie insgesamt noch 4,5% der Grundschullehrer bzw. 0,77% in der Sekundarstufe I aus.

Die Schülerzahlen der Grundschulen sind seit 1998 rückläufig. Die Ursache könnten sowohl sinkende Geburtenraten als auch die fluktuierende Quote eingeschulter Kinder sein.

¹⁰Das Alter von sieben Jahren gilt für ländliche bzw. unterentwickelte Regionen, in denen die Schulpflicht mit 6 Jahren nicht realisiert werden kann. Über das Einschulungsalter entscheidet die Provinzregierung.

¹¹„Compulsory Education Law of the People's Republic of China 1986“, in: *Chinese Education and Society*, Mai/Juni 1999, S.14-18.

¹²Cheng Kai-ming, Stichwort: „Bildungsverwaltung“, in: *Das große China-Lexikon*, a.a.O., S.114f.

¹³Über 80% aller finanziellen Aufwendungen für sämtliche Bildungssektoren kommen von den lokalen Regierungsebenen. SYC (2002), S.702. Vgl. für eine ausführliche Darstellung der Finanzierung des chinesischen Bildungssektors Mun C. Tsang (2001a), „Intergovernmental Grants and the Financing of Compulsory Education in China“, www.teacherscollege.edu/centers/coce/pdf_files/a1.pdf, 20.2.2003; Nina Borevskaya, „Restructuring the Financing of the State System of Education in the People's Republic of China“, in: *Far Eastern Affairs*, 2/2001, S.47-66.

¹⁴SEC (1996), *The Development and Reform of Education in China 1995-1996*, S.13.

¹⁵*World Education Encyclopedia*, Vol.I. Farmington Hills 2002, S.243.

¹⁶Ebd., S.244.

¹⁷Die *minban*-Schulen (wörtlich volksverwaltet) sind ein Überbleibsel des Bildungssystems unter Mao Zedong. Seit der Reformpolitik sind sie zunehmend unter politischen Druck geraten und sollen sämtlich aufgelöst bzw. in reguläre Schulen umgeformt werden. In der modernen chinesischen Bildungsterminologie werden die ehemaligen *minban*-Schulen als „*jiti ban*“ (vom Kollektiv geführt) bezeichnet, wohingegen „*minban*“ für Privatschulen verschiedener Träger benutzt wird. Der eigentliche Terminus für Privatschulen (*sili xue-xiao*) dagegen wird in den Statistiken nicht verwendet. Der Grund liegt nach Wang Chengzhi darin, dass sich das private Bildungswesen noch in der Experimentierphase befindet und der Begriff „*sili*“ den Anklang von Profitgier und hohen Schulgebühren hat, wohingegen „*minban*“ positiv nach Gleichheit und Sozialismus klingt. Vgl. Wang Chengzhi, „Minban Education: The Planned Elimination of the 'People-Managed' Teachers in Reforming China“, in: *International Journal of Educational Development*, 22/2002, S.109-129 für eine ausführliche Darstellung des Themenkomplexes und der Situation der ehemaligen *minban*-Lehrer.

3 Reformziele und ihre Umsetzung bis zum Jahr 2000

Wie in der Einleitung bereits erwähnt, hatte sich die chinesische Regierung bis zum Jahr 2000 ehrgeizige Reformziele gesetzt. Diese wurden erstmals im Programm für Reform und Entwicklung der Bildung 1993 formuliert und später im Bildungsgesetz von 1995, dem neunten Fünfjahresplan für das Bildungswesen 1995 sowie dem Aktionsplan zur Vitalisierung der Bildung im 21. Jahrhundert von 1998 erneut betont.¹⁸ Der Stand ihrer Umsetzung soll im Folgenden erläutert werden.

3.1 Neunjährige Schulpflicht

Bis zum Jahr 2000 sollte die neunjährige Schulpflicht im ganzen Land im Wesentlichen umgesetzt werden. Dieses Ziel stellt gemeinsam mit der landesweiten Senkung der Analphabetenquote unter den 15- bis 45-Jährigen auf 5% die zwei Grundlagen (*liang ji*) der chinesischen Bildungsreform dar.¹⁹ Beiden Zielen wird absolute Priorität eingeräumt.

Die Verwirklichung der neunjährigen Schulpflicht wurde wie folgt konkretisiert:

- Die Rate der *eingeschulten* schulpflichtigen Kinder sollte landesweit 99% für die Grundschule und 85% für die Sekundarstufe I betragen.
- 100% Einschulungsrate für die Sekundarstufe I sollte in Gebieten mit insgesamt 85% Anteil an der Gesamtbevölkerung erreicht werden. In so genannten armen Gebieten mit 10% der Gesamtbevölkerung sollten zunächst fünf bis sechs Jahre Schulbesuch möglich gemacht werden sowie in den extrem armen Gebieten mit 5% der Gesamtbevölkerung drei bis vier Jahre.

Für die Feststellung der Verbreitung der neunjährigen Schulpflicht macht die lokale Regierungsebene Meldung an die jeweils höhere Verwaltungsebene. Die Provinzregierung überprüft anhand von Stichproben die prozentuale Verbreitung der Schulpflicht in den Verwaltungskreisen und meldet diese dem Bildungsministerium. Haben alle Kreise einer Provinz bzw. einer regierungsunmittelbaren Stadt das Kriterium erfüllt, so wird das Ziel der 100%igen Verbreitung der neunjährigen Schulpflicht als erreicht betrachtet. Der Bevölkerungsanteil der jeweiligen Provinz bzw. regierungsunmittelbaren Stadt wird dann auf die Gesamtbevölkerung umgerechnet.²⁰

¹⁸MOE (1993), „Programm für Reform und Entwicklung der Bildung“ (*Zhongguo jiaoyu gaige he fazhan gangyao*), www.moe.edu.cn/wenxian/03.htm; MOE (1995), „Bildungsgesetz der VR China“ (*Zhongguo jiaoyu fa*), www.moe.edu.cn/jyfg/jygyf.htm; MOE (1998), „Fünfjahresplan für das Bildungswesen“ (*Jiwu jihua*), www.moe.edu.cn/wenxian/edu95-2000.htm; MOE, „Aktionsplan zur Vitalisierung der Bildung im 21. Jahrhundert“ (*Mianxiang 21 shiji jiaoyu xingdong jihua*), www.moe.edu.cn/wenxian/01.htm, englische Fassung in: *Chinese Education and Society*, Jul./Aug. 2001, S.18-28.

¹⁹Vgl. MOE (1993). Die Senkung der Analphabetenquote ist nicht Gegenstand dieser Arbeit, da sie die Pflichtschulbildung nicht direkt betrifft, sondern auf die Anhebung des Bildungsniveaus der gesamten Bevölkerung abzielt.

²⁰Vgl. UNESCO (2000), *Education For All: The Year 2000 Final Assessment Country Report of China*, <http://www2.unesco.org/wef/countryreports/china/contents.html>, 20.2.2003.

Auf der Grundlage dieser Meldungen wird das Ziel der landesweiten Verbreitung der neunjährigen Schulpflicht und damit eines der Hauptziele der Bildungspolitik von der Regierung als „weitestgehend“ erreicht betrachtet.²¹

Tab. 2: Verbreitung der neunjährigen Schulpflicht nach Provinzen 1998

Provinzen	Verbreitung %	Provinzen	Verbreitung %	Provinzen	Verbreitung %
Beijing	100	Anhui	90,6	Hainan	63,1
Shanghai	100	Shandong	89,4	Ningxia	53,8
Tianjin	100	Heilongjiang	88,0	Xinjiang	47,4
Jiangsu	100	Hubei	87,1	Gansu	46,9
Guangdong	100	Shanxi	86,6	Innere Mongolei	45,2
Zhejiang	100	Hunan	84,7	Qinghai	35,8
Liaoning	100	Jiangxi	82,0	Yunnan	33,3
Jilin	100	Hebei	81,3	Guizhou	16,5
Fujian	100	Henan	81,1	Tibet	k.A.
		Shaanxi	72,4		
		Chongqing	72,0		
		Sichuan	69,7		
		Guangxi	65,9		

Quelle: UNESCO 2000, *Education For All: The Year 2000 Final Assessment Country Report of China*.

Im Jahr 2000 betrug die landesweite Einschulungsrate für Grundschulen offiziell 99,1%. In den Provinzen bewegten sich die Raten zwischen 94 und 99%.²² Die neunjährige Schulpflicht wurde allerdings bis zum Ende des 20. Jahrhunderts regional sehr unterschiedlich durchgesetzt (vgl. Tabelle 2); ihre Einführung kann nicht pauschal als erfolgreich bezeichnet werden. In den Küstenprovinzen Guangdong, Zhejiang, Jiangsu und Fujian sowie in den drei großen regierungsunmittelbaren Städten Beijing, Shanghai und Tianjin war die 100%ige Einschulungsrate bereits 1998 offiziell erreicht, während die Binnenprovinzen bei der Verwirklichung weiter zurückliegen und die Westprovinzen (Qinghai, Gansu, Xinjiang) sowie Provinzen mit einem hohen Anteil an Minderheiten teilweise weniger als einem Drittel der Bevölkerung die Sekundarstufe I zugänglich machen können. Die auf die Gesamtbevölkerung umgerechnete Verbreitung der Schulpflicht lag laut offiziellen Zahlen 1998 bei 73% und damit noch weit unter dem für 2000 gesetzten Ziel.²³

Sämtliche Raten sind allerdings mit Vorsicht zu betrachten: Erstens sind die Einschulungsraten im Vergleich mit vielen Industrieländern erstaunlich hoch. Das UNESCO Institute for Statistics nennt für Grundschulen eine Nettoeinschulungsrate von 95% für die USA, 97% für die Schweiz und 86,5% für Deutschland. Nach Berechnungen des UIS kommt China nur auf 94,7% (Schuljahr 1999/2000) statt auf 99,1%.²⁴ Zweitens handelt es sich

²¹Vgl. C.a., 2000/3, Ü 21; Xinhua, 13.6.2001, nach FBIS, 14.6.2001.

²²ESYC (2000), S.277. Nur Tibet wird mit einer Quote von 85,8% genannt.

²³UNESCO (2000).

²⁴UNESCO Institute for Statistics, „Gross and Net enrolment Rates in Primary Schools“, http://portal.unesco.org/uis/ev.php?URL_ID=5187&URL_DO=DO_TOPIC&URL_SECTION=201,13.3.2002. Die Netto-Einschulungsrate ergibt sich aus der Schülerzahl in der offiziellen Altersgruppe als Prozentsatz an der

hier nicht um die Rate der Kinder, die die Grundschule und Sekundarstufe I auch wirklich *abschließen*. Davon ist in dem formulierten Reformziel keine Rede. Es muss davon ausgegangen werden, dass vor allem in ländlichen Gebieten die Abschlussrate sehr viel niedriger liegt und die absolute Dauer des Schulbesuchs nur einige Jahre beträgt. Und drittens verbergen die aggregierten Zahlen zum Teil erhebliche Unterschiede beim Zugang zur Grundbildung.

Das größte Problem bei der beabsichtigten Hebung des Bildungsniveaus der gesamten Bevölkerung ist die strukturelle Ungleichheit zwischen den Provinzen (vgl. Tabelle 2). Die geographische Lage und soziale Herkunft entscheiden in Zeiten der Reformpolitik über die Bildungschancen, während zu Maos Zeiten der ideologische Familienhintergrund zählte. Während die Küstenprovinzen sich bereits an die Ausweitung der sekundären und tertiären Bildung machen, erschweren die Bedingungen in den Binnen- und Westprovinzen die Durchsetzung der Schulpflicht. Die dünn besiedelten und schwer zugänglichen ländlichen Gebiete sind infrastrukturell unterversorgt, die Kinder müssen weite Schulwege in Kauf nehmen oder in Internaten wohnen, deren Plätze begrenzt und Gebühren vielfach zu hoch sind. Währenddessen fehlt den Eltern oftmals eine dringend benötigte Arbeitskraft.

Mädchen, Migranten und Minderheiten gehören zu den sozialen Gruppen, die beim Zugang zur Grundbildung strukturell benachteiligt werden. Die Volksrepublik hat zwar in den letzten Jahren verstärkt Anstrengungen unternommen, Mädchen den Zugang zu Bildung zu erleichtern.²⁵ Mädchen sind aber vor allem dann benachteiligt und brechen die Schule vorzeitig ab, wenn ihre Familien von Armut betroffen sind, da Armut einen Faktor darstellt, der traditionelle Rollenmuster und Anschauungen verstärken kann.²⁶

Angehörige nationaler Minderheiten leben zumeist in abgelegenen, unzugänglichen Gebieten an der Peripherie des Landes mit schwacher wirtschaftlicher Entwicklung und sind daher besonders von Armut und fehlender Bildungsinfrastruktur betroffen. Die Regierung versuchte in den 90er Jahren mit einer Reihe von Vorzugsmaßnahmen, darunter finanziellen Zuwendungen, Punktenachlass bei Hochschulaufnahmeprüfungen und der Erstellung von Schulbüchern in Minderheitensprachen, die strukturelle Benachteiligung auszugleichen und die Minderheiten fester in das volksrepublikanische Bildungssystem einzubin-

Gesamtbevölkerung in der entsprechenden Altersgruppe.

²⁵Im Jahr 2000 waren laut offiziellen Zahlen 47,6% Mädchen an Grundschulen (1993: 46,8%) und 47,1% an Mittelschulen (1993: 43,7%) eingeschult (ESYC (2000), S.19 und (1993), S.15). Die absolute Gender-Disparität (Differenz der männlichen und weiblichen Einschulungsrate) betrug 1998 0,14 im Vergleich zu 1,71 1993 (UNESCO (2000)). Die landesweiten Zahlen kaschieren die interprovinziellen Disparitäten; vor allem in den nordwestlichen Provinzen bestehen weiterhin große Unterschiede zwischen der Einschulungsrate von Mädchen und Jungen, diese sind aber laut offizieller Darstellung in den letzten Jahren zurückgegangen (UNESCO (2000)). Vgl. Rong Xuelan & Shi Tianjin, „Inequality in Chinese Education“, in: *Journal of Contemporary China*, 10/2001, S.107-124 für eine ausführliche Darstellung der Benachteiligung von Mädchen.

²⁶Vgl. Emily Hannum, „Poverty and Basic-Level Schooling in China: Equity Issues in the 1990s“, in: *Prospects*, Dez. 1999, S.561-575. Dem traditionellen Rollenverständnis und ökonomischen Überlegungen zufolge wird, wenn vorhanden, zunächst dem Jungen in der Familie eine Schulbildung ermöglicht.

den.²⁷ Im Jahr 2000 waren die nationalen Minderheiten an den Grund- und Mittelschulen mit 9% respektive 6,8% vertreten.²⁸ Ihr Anteil an den Grundschulen entspricht damit ungefähr dem Anteil an der Gesamtbevölkerung.²⁹ Zu berücksichtigen ist aber, dass die meisten Minderheiten über eine relativ junge Bevölkerungsstruktur verfügen. Ihr Anteil an den Schülern müsste also wesentlich größer sein, wenn tatsächlich alle Kinder die Schule besuchten.

In den Großstädten der Küstenregionen wächst die Gruppe der Wanderarbeiter, deren Kinder vom staatlichen Bildungssektor praktisch ausgeschlossen sind. Aufgrund von Überfüllung und knappen Kassen sind die staatlichen Schulen nicht verpflichtet, Migrantenkinder grundsätzlich aufzunehmen. Die Eltern müssen erhebliche Gebühren bezahlen, sollen ihre Kinder in den Genuss einer staatlichen Schule kommen.³⁰ In vielen Großstädten entstehen daher teils legalisierte und der Willkür der Behörden unterworfenen, teils illegale Schulen speziell für Migrantenkinder unter teilweise schlechten räumlichen und materiellen Bedingungen, die aber ebenfalls Schulgeld erheben können (in Beijing existieren derzeit 200-300 Migrantenschulen). Dies bedeutet für die meist einkommensschwachen Eltern eine zusätzliche Belastung, die dazu führt, dass viele Eltern ihre Kinder überhaupt nicht zur Schule schicken. 1998 wurden zwar vorläufige Bestimmungen für den Schulbesuch von Migrantenkindern erlassen,³¹ diese konnten aber nicht das finanzielle Problem sowie die staatlich geförderte Segregation lösen, unter der die Migrantenkinder leiden.³² Der Staat vernachlässigt eine angemessene Lösung des Problems, was dazu

²⁷Für eine Diskussion dieser teilweise als positive Diskriminierung verstandenen Vorzugspolitik gegenüber den Minderheiten vgl. Wang Chengzhi, „Minority Education in China: From State's Preferential Policies to Dislocated Tibetan Schools“, in: *Educational Studies*, 1/2003; Li Xuejing, „Bildung der nationalen Minderheiten in China“, in: Renata Fu-sheng Franke & Wolfgang Mitter (Hrsg.), *Das Bildungswesen in China: Reform und Transformation*, Köln: Böhlau 2003, S.47-56.

²⁸ESYC (2000), S.20. Der Anteil an den Grundschulen hat sich seit Beginn der 90er Jahre nicht signifikant verändert (1990: 8,74%; 1997: 8,92%), der Anteil an der Sekundarstufe I konnte jedoch gesteigert werden (1990: 6,1%; 1997: 6,7%). Es gibt durchaus Unterschiede zwischen den 55 nationalen Minderheiten: Die koreanische Minderheit im Nordosten Chinas weist die höchsten Einschulungsraten überhaupt auf und übertrifft auch die der Han; Tibet, Qinghai und Guizhou gehören zu den Minderheitengebieten, die die niedrigsten Einschulungsraten aufweisen. Vgl. Hannum (1999), S.571f.

²⁹Laut Zensus 2000 beträgt der Anteil der Minderheiten an der Gesamtbevölkerung 8,41%. Aufgrund von Ausnahmen von der Ein-Kind-Politik weisen sie ein schnelleres Bevölkerungswachstum als die Han auf. Vgl. „Communiqué on Major Figures of the 2000 Population Census“, www.bjreview.com.cn/2001/Document/Files200119.htm, 3.4.2003.

³⁰Es wird von 500 Yuan pro Semester, 1.000 Yuan für die Schulaufnahme und noch einmal 10.000-30.000 Yuan als „Spende“ berichtet bei einem Durchschnittseinkommen von 1.000 Yuan pro Monat unter Migrantenfamilien in Beijing, davon 43%, die zwischen 500 und 1.000 Yuan verdienen. Xinhua, 10.7.2002, nach BBC EF, 10.7.2002.

³¹Für eine Diskussion der Bestimmungen vgl. Brunhild Stai-ger, „Probleme bei Schulbesuch von Migrantenkindern“, in: C.a., 1998/10, Ü 11.

³²Die staatlich geförderte Diskriminierung der Migrantenfamilien könnte zu sozialem Zündstoff werden und die Entwicklung der Kinder beeinträchtigen. Es wird bereits von Depressionen und Minderwertigkeitskomplexen unter Migrantenkindern berichtet. Vgl. Zhang Lijia & Calum McLeod, „Learning Difficulties“, in: *China Review*, Sommer 2000, S.24-27.

Tab. 4: Anteil der Bildungsausgaben am BIP sowie Entwicklung des Anteils nichtstaatlicher Bildungsausgaben 1991-1999

Jahr	Als Anteil am BIP %			Nichtstaatliche Bildungsausgaben als % an den staatlichen
	Bildungsetat	Staatliche Bildungsausgaben aller Verwaltungsebenen*	Staatliche und nichtstaatliche Bildungsausgaben**	
1991	2,1	2,9	3,4	18,4
1992	2,1	2,7	3,3	19,0
1993	1,9	2,5	3,1	22,1
1994	1,9	2,5	3,2	26,7
1995	1,8	2,4	3,2	33,0
1996	1,8	2,5	3,3	35,3
1997	1,8	2,5	3,4	35,9
1998	2,0	2,6	3,7	45,1
1999	k.A.	2,8	k.A.	k.A.

* Die staatlichen Ausgaben für das Bildungswesen aller Verwaltungsebenen beinhalten sowohl den Bildungsetat aller Verwaltungsebenen als auch besondere Hilfsfonds z.B. für Bildung in Armutsgebieten oder zur Förderung der Pflichtschulbildung, die nicht im Bildungsetat eingeschlossen sind.

** Nichtstaatliche Bildungsausgaben beziehen sich auf Aufwendungen der Privatschulen, Einkommen von schuleigenen Unternehmen, Spenden, Schulgebühren, Fundraising und andere Quellen, die leider nicht näher spezifiziert werden.

Quelle: *China Perspectives*, 36/2001, S.6.

führt, dass nicht nur im ländlichen China weiterhin ungleiche Ausgangsbedingungen herrschen, die die Ausweitung der Pflichtschulbildung behindern, sondern auch in den prosperierenden Großstädten strukturelle Ungleichheit und Benachteiligung bestimmter Bevölkerungsgruppen wachsen.

3.2 Bildungsfinanzierung

Das Ziel, im Jahr 2000 4% des jährlichen BIP für alle Bildungsbereiche aufzuwenden und die Ausgaben pro Schüler jährlich zu erhöhen, wie im Programm für Reform und Entwicklung 1993 festgelegt, konnte nicht erreicht werden. Zhu Rongji ging in seinem Regierungsbericht vom 19. März diesen Jahres auch nicht mehr auf diese Quote ein, sondern stellte stattdessen das jährliche Wachstum der absoluten Bildungsausgaben heraus (vgl. Tabelle 3).³³

Die staatlichen Aufwendungen für das Bildungswesen aller Verwaltungsebenen zusammengenommen schwankten von 1991 bis 1998 zwischen 2,4 und 2,9% des BIP (vgl. Tabelle 4). Nachdem die Quote 1993 verkündet wurde, befanden sich die Ausgaben auf dem Tiefpunkt, und es ließ sich jahrelang keine signifikante Steigerung ausmachen. Auch im internationalen Vergleich sind die chinesischen Bildungsausgaben niedrig: Die UNESCO kalkulierte für 1991 im Schnitt 4,1% des BIP für Entwicklungsländer und 3,3% für die am wenigsten entwickelten Länder der Welt als Anteil für das Bildungswesen.³⁴

Obwohl die absoluten staatlichen Bildungsausgaben, sowohl der Bildungsetat als auch die sonstigen Ausga-

Tab. 3: Staatliche und nichtstaatliche Ausgaben für das Bildungswesen 1991-2000

Jahr	Staatliche Ausgaben für das Bildungswesen (in 10.000 Yuan)	Jährlicher Zuwachs in % gegenüber Vorjahr	Nicht-staatliche Ausgaben (in 10.000 Yuan)	Jährlicher Zuwachs in % gegenüber Vorjahr
1991	6.178.286,0		1.136.742,2	
1992	7.287.505,8	18,0	1.382.984,7	21,6
1993	8.677.618,3	19,0	1.921.756,1	39,0
1994	11.747.395,6	35,3	3.140.417,0	63,4
1995	14.115.233,3	20,2	4.664.267,8	48,5
1996	16.717.045,5	18,4	5.906.348,0	26,2
1997	18.625.416,3	11,4	6.691.909,4	13,3
1998	20.324.526,0	9,1	9.166.066,0	37,0
1999	22.871.756,0	12,5	10.618.660,0	15,9
2000	25.626.056,0	12,0	12.864.750,0	21,2

Quelle: NBSC, *Statistical Yearbook of China* (SYC) 2002, S.702.

ben, in den 90er Jahren kontinuierlich stiegen, erhöhte sich der Anteil am BIP trotz des ehrgeizigen Ziels für das Jahr 2000 nicht maßgeblich, erhielt im gesamtwirtschaftlichen Kontext also nicht die Bedeutung, die dem Bildungswesen laut Reformplänen zugebilligt wurde. Nimmt man den ab Mitte der 90er Jahre stark wachsenden Prozentsatz nichtstaatlicher Aufwendungen (Fonds sozialer Organisationen und Individuen, Spenden/Fundraising, Schulgebühren und andere Quellen) hinzu, so ergibt sich für 1998 trotzdem nur ein Anteil von 3,7% am BIP (vgl. Tabelle 4).

Die Ausgaben pro Schüler in den Jahren 1997 bis 1999 ergeben kein Bild durchgängigen Wachstums und ent-

³³ Xinhua, 19.3.2003, nach BBC EF, 19.3.2003.

³⁴ Thierry Pairault, „Initial Training and Economic Development“, in: *China Perspectives*, 36/2001, S.15.

wickeln sich nach Provinzen sehr unterschiedlich. Während die *laufenden Ausgaben*³⁵ im Bildungsetat fast aller Provinzen sowohl in den Grundschulen als auch in der Sekundarstufe I anstiegen (mit Ausnahme von Sichuan und Henan), verzeichnete die Hälfte aller Provinzen zum Teil drastische Einbrüche bei den *öffentlichen Ausgaben*.³⁶

An den Grundschulen stiegen die *laufenden Ausgaben* pro Schüler 1999 im Landesdurchschnitt auf 414 RMB Yuan (1997: 334, 1998: 371).³⁷ Shanghai und Beijing gaben mit 2.346 bzw. 1.494 Yuan am meisten aus, während insgesamt 16 Provinzen weniger als 500 Yuan jährlich aufwandten. In der *Sekundarstufe I* lag der Landesdurchschnitt für die laufenden Ausgaben 1999 bei 640 Yuan (1997: 591, 1998: 611) mit Shanghai und Beijing an der Spitze: 2.616 bzw. 2.156 Yuan. Acht Provinzen gaben jährlich weniger als 500 Yuan pro Schüler aus. Zu den Provinzen, die rückläufige *öffentliche Ausgaben* im Pflichtschulbereich verzeichneten, gehören vor allem die ländlich geprägten Binnenprovinzen und einige Minderheitsgebiete, aber auch Küstenprovinzen und der Nordosten (Jiangsu, Fujian, Liaoning, Heilongjiang). Während der Landesdurchschnitt 1999 36 Yuan für die *Grundschulen* betrug (1998 und 1997: 34), sind auch hier große Unterschiede festzustellen. Zwölf Provinzen liegen unter 30 Yuan, neun unter 100 Yuan und nur Beijing und Shanghai und Tibet über 300 Yuan (s. unten). In der *Sekundarstufe I* ist der Trend landesweit rückläufig (1999: 77, 1998: 80, 1997: 93). Auch hier herrschen die gleichen Disparitäten.

Eine Interpretation der obigen Zahlen ist nur bedingt möglich, da keine Aussagen existieren, wie sich die laufenden und öffentlichen Ausgaben genau zusammensetzen. Deutlich zeigen sich aber die Folgen der dezentralen Finanzierungspolitik in den enormen Ausgabenunterschieden zwischen den Provinzen. Vor allem die Binnenprovinzen und einige Minderheitsgebiete geben sehr wenig Geld für den Bau und die Instandhaltung von Schulgebäuden aus oder kompensieren die fehlenden Gelder durch private Aufwendungen. Das Wachstum der laufenden Ausgaben ist offensichtlich auf ein graduelles Ansteigen der Lehrergehälter zurückzuführen, da sich die Regierung seit Jahren bemüht, den Lehrerberuf attraktiver zu machen. In den großen Disparitäten spiegelt sich dementsprechend das regional unterschiedliche Niveau der Lehrergehälter.

Bemerkenswert ist, dass die Westprovinzen Xinjiang, Ningxia, Qinghai und vor allem Tibet bei den Ausgaben pro Schüler im Mittelfeld oder sogar vorne liegen, noch vor den meisten Binnenprovinzen. Diese Provinzen verzeichnen in den letzten Jahren konstante Zuwächse für die Grundschulausgaben. Der Grund dürften massive Investitionen der Zentralregierung im Rahmen des Plans zur Erschließung der Westprovinzen sein. Hier ist offensichtlich der politische Wille erkennbar, bestimmte Provinzen

gezielt zu fördern, während andere Provinzen sich selbst überlassen bleiben.

Die Unterfinanzierung des chinesischen Bildungssektors ist ein altes Problem. Die Ausgaben pro Schüler in den Grund- und Mittelschulen erreichen nur in wenigen Provinzen (und regierungsunmittelbaren Städten) die von der Regierung kalkulierten notwendigen 2.000 Yuan.³⁸ Zwar existieren Vorgaben, wie die Ausgaben zu steigern seien,³⁹ sie werden aber offensichtlich nicht eingehalten. Ein Grund dafür mag sein, dass vor allem das Pflichtschulwesen keinen besonders prestigeträchtigen Ruf bei den lokalen Behörden genießt, die lieber öffentlichkeitswirksam in Immobilien oder Wirtschaftsprojekte investieren. Andererseits liegt das Problem in dem dezentralen Finanzierungsmodell selbst. Viele Kreise verfügen über geringe finanzielle Ressourcen und können aus eigener Kraft die Verbreitung der Pflichtschulbildung nicht schaffen. Das Ziel der Dezentralisierung, lokale Ressourcen für die Bildung zu mobilisieren und durch Verlagerung der Entscheidungskompetenzen auf die lokale Ebene den dortigen Bedürfnissen gerecht zu werden, zeigte keinen Erfolg bei der Lösung des Finanzproblems, weil nicht geprüft wurde, ob die Lokalregierungen über die steuerlichen Mittel verfügen, das Pflichtschulwesen zu finanzieren.⁴⁰ Die Belastung der Lokalregierungen leistet indes Missbrauch Vorschub: Zweckentfremdung von Bildungsgeldern, Einsatz nicht qualifizierten Personals und Unterschlagung der Lehrergehälter sind auch in den chinesischen Medien offen angeprangerte Missstände.⁴¹

Es ist nicht zu leugnen, dass das ländliche Pflichtschulwesen vor allem in den zu erschließenden Westprovinzen in den letzten Jahren mehr finanzielle und politische Aufmerksamkeit erhalten hat: Zwischen 1998 und 2000 wurden 1,6 Mrd. RMB von der Zentrale für die Ausweitung der Schulpflicht bereitgestellt.⁴² Durch die Steigerung der absoluten Bildungsausgaben, eine Reihe von Hilfsprojekten wie das „Projekt Hoffnung“ (*xiwang gongcheng*) und das „Projekt Frühlingsknospen“ (*chunlei jihua*) oder innerchinesische Entwicklungspartnerschaften wird versucht, Disparitäten abzubauen.⁴³

³⁸Vgl. XNA, 16.10.2000. Die Summe enthält sämtliche Posten der laufenden und öffentlichen Ausgaben.

³⁹Beispielsweise soll der Etat für Bildungsausgaben der jeweiligen Regierungsebenen stärker wachsen als die öffentlichen Einnahmen. Hinzu kommen spezielle Hilfsfonds von der Kreisebene aufwärts für die Armuts- und Minderheitsgebiete. Eine Ergänzungsabgabe von 3% der städtischen Steuern bzw. 1,5-2% des Einkommens der Bauern soll hauptsächlich für das Pflichtschulwesen erhoben werden. Vgl. Brunhild Staiger, „Bildungsgesetz der VR China 1995“, in: C.a., 1995/3, S.184-186.

⁴⁰Tsang (2001a), S.11.

⁴¹Vor allem die verzögerte Auszahlung der Lehrergehälter durch die ländlichen Kreise ist ein permanentes Thema in der chinesischen Öffentlichkeit und wird von der Regierung mit Besorgnis betrachtet. RMRB (Internet Version), 14.6.2001, nach FBIS, 15.6.2001; XNA, 27.8.2001. Trotz jahrelanger Appelle an die Kreisverwaltungen, ihrer Pflicht nachzukommen, bleiben diese die Gehälter oft schuldig. Vor allem in den Westprovinzen sind die Lehrerqualität und die Lehrergehälter weiterhin ein ernstes Problem. Laut einer Studie der „Educational Workers Trade Union“ schuldeten die Behörden den Lehrern im März 1999 710 Millionen Yuan an Gehältern. Vgl. Liu Xiaohua (2002), „Overview of Educational Needs and Philanthropic Opportunities in China“, <http://www.icfdn.org/cde/China%20Education%20Needs.doc>, 10.3.2003, S.16.

⁴²Vgl. C.a., 2000/3, Ü 23.

⁴³Bis 1999 hatte *xiwang gongcheng* nach offiziellen Angaben mit

³⁵Die laufenden Ausgaben (*jiaoyu shiye fei*) enthalten die Ausgaben für Gehälter, Dienstleistungen, Bücher und Lehrmaterialien, Sozialleistungen, Ausgaben für Einrichtungen und Ausrüstung, Kraftstoff, Telekommunikation. UNESCO (2002), „EFA Global Monitoring Report“, www.portal.unesco.org/uis/TEMPLATE/pdf/efa/EFAGMR2.pdf, 10.3.2003, Annex S.306.

³⁶Öffentliche Ausgaben (*gongyong jingfei*) beinhalten Bau- und Renovierungskosten sowie die Anschaffung von schwerer Ausrüstung und Fahrzeugen. Ebd., S.306.

³⁷Alle folgenden Daten *China Education Yearbook* (CEY) (2000), S.293-295 und (2001), S.268-270.

Die Struktur des Pflichtschulsektors aber – lokale Finanzierung und Verwaltung bei minimaler zentralstaatlicher Unterstützung – hat die Unterschiede zwischen Stadt und Land in den letzten Jahren zunehmend verschärft. Die weniger finanzkräftigen Kreise können bei der Ausbildung⁴⁴ und Bezahlung ihrer Lehrkräfte sowie der Sicherheit der Gebäude⁴⁵ und Ausstattung der Schulen, und sei es auch nur mit dem Nötigsten, mit den wirtschaftlich prosperierenden Küstenprovinzen nicht mithalten.

Es ist damit zu rechnen, dass die strukturelle Ungleichheit in den kommenden Jahren eher noch wächst, wenn die Küstenprovinzen weiter schnelle Fortschritte bei der Popularisierung der tertiären Bildung machen, qualitativ hochwertige Bildung sowie günstige Lernbedingungen anbieten und damit die Modernisierung vorantreiben. Diese Regionen haben nicht nur die Bedeutung eines soliden Bildungsfundaments für die Bevölkerung erkannt, sie haben auch die Ressourcen, den Bildungssektor tatkräftig zu fördern. Die Hilfsprojekte scheinen dagegen nur ein Tropfen auf dem heißen Stein zu sein. Sie stellen eher eine Alimenterung dar statt den ernsthaften Versuch, ein den sozialen und geographischen Bedingungen angemessenes Finanzierungsmodell für die Grundbildung zu schaffen.

3.3 Mobilisierung von Finanzquellen

Das dritte Ziel der Regierung war es, die Finanzierung und Trägerschaft der Pflichtschulen durch „alle sozialen Kräfte“ voranzutreiben (vgl. Abschnitt 2: Struktur des Pflichtschulsystems). In der Tat nehmen die nichtstaatlichen Quellen seit den 90er Jahren einen wachsenden Anteil an den Bildungsausgaben ein (vgl. Graphik 1).

Ihr Anteil wuchs von rund 16% 1991 auf circa 33,5% 2000. Die staatlichen Quellen gingen parallel dazu von 85% auf 66,5% zurück bei gleichzeitigem Wachstum der absoluten Ausgaben (vgl. Tabelle 3).

Für den Pflichtschulbereich gilt, dass der Staat hier einen prozentual größeren Teil der Ausgaben beisteuert als in den anderen Bildungsbereichen und dieser zum Ende des 20. Jahrhunderts im Gegensatz zu anderen Bildungsbereichen sogar anstieg. Damit kehrt sich der bis Mitte der 90er Jahre andauernde Abwärtstrend der staatlichen Ausgaben im Pflichtschulsektor um;⁴⁶ der Staat in-

fast 1,78 Mrd. RMB 2,2 Mio. Schulkindern geholfen, die Schulgebühren aufzubringen, sowie 550 Schulen gebaut oder renoviert (CYD, 1.11.1999). Das vom chinesischen Frauenverband initiierte *chunlei jihua* brachte zwischen 1989 und 1999 220 Mio. RMB an Spenden auf und unterstützte 750.000 Mädchen (CD, 9.9.1997 und 28.1.1999). Der Erfolg der Hilfsfonds wird in der westlichen Literatur oftmals angezweifelt, weil die Finanzierung unregelmäßig oder mangelhaft ist. Vgl. Samuel C. Wang (1999), „Project Hope and the Hope School-System in China: A Re-Evaluation“, www.epaa.asu.edu/epaa/v7n28.html, 1.4.2003.

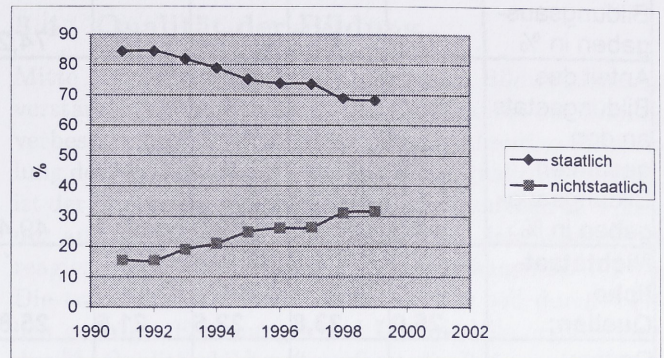
⁴⁴World Bank (1999), „Strategic Goals for Chinese Education in the 21st Century“, S.46. Die Qualifikation der Lehrer ist vor allem in der Sekundarstufe I ein Problem. Der geforderte Abschluss einer pädagogischen Ausbildungseinrichtung kann nicht immer gewährleistet werden, stattdessen verfügen viele Lehrer auf dem Land selbst nur über eine Primar- oder Sekundarschulbildung. Vgl. ESYC (2000), S.64.

⁴⁵Das Sicherheitsproblem an den Schulen erreicht ernste Ausmaße: Es wird von 1.400 Schulkindern berichtet, die 1999 in einstürzenden Schulgebäuden den Tod fanden. Vgl. Liu (2002), S.11.

⁴⁶Tsang (2001a), S.4: Zwischen 1986 und 1992 sank der Anteil des staatlichen Bildungsetats an den gesamten Bildungsausgaben von 78,8% auf 60,9%.

vestiert wieder mehr. Die nichtstaatlichen Ausgaben der Sekundarstufe I bleiben relativ konstant bei 25%, während die privaten Ausgaben für den Grundschulsektor deutlich rückläufig sind (vgl. Tabelle 5).

Graphik 1: Entwicklung der staatlichen und nichtstaatlichen Ausgaben des Bildungswesens



Quelle: SYC 2000, S.346; ESYC 2000, S.350.

Den größten Anteil der nichtstaatlichen Quellen machen im Pflichtschulbereich die Schulgebühren aus, die eigentlich nur für Bücher, Schulkleidung und Schulesen erhoben werden dürften.⁴⁷ Faktisch werden aber oft Gebühren erhoben für den Bau und die Renovierung von Schulgebäuden, Wasserverbrauch oder sogar die Benutzung von Schulgegenständen.⁴⁸

Ein weiterer großer Posten wird durch Spenden und Fundraising aufgebracht. Beides spricht dafür, dass die Kosten für den Schulbesuch zunehmend auf die Familien abgewälzt werden, insbesondere auch, weil die Freiwilligkeit der Spenden nicht gesichert ist und diese faktisch oftmals Pflichtgebühren darstellen, ohne deren Begleichung der Schulbesuch verweigert wird.⁴⁹ Dazu passt auch, dass die Aufwendungen sozialer Organisationen und Einzelpersonen (meist Auslandschinesen) weiterhin gering bleiben, wengleich der Pflichtschulbereich stärker und in wachsendem Maße als andere Bildungsbereiche davon profitiert (vgl. Tabelle 5). Zwar sollen die Provinzen anhand der realen Preise feste Grenzen für die Schulgebühren festlegen, diese werden von den lokalen Behörden aber einfach ignoriert und nach Belieben erhöht.⁵⁰ Das wildwuchernde Gebührensystem behindert so die Ausweitung der Pflichtschulbildung.

Vielfach wird berichtet, dass die legal oder illegal erhobenen Schulgebühren finanziell schwache Familien zwingen, ihre Kinder von der Schule zu nehmen.⁵¹ Laut offizi-

⁴⁷Unter die Schulgebühren fallen hier auch die nicht unerheblichen Gebühren für die privaten Grund- und Mittelschulen sowie für Internate. Das könnte den großen Prozentsatz an den nichtstaatlichen Bildungsausgaben zum Teil erklären.

⁴⁸World Education Encyclopedia, S.239f.

⁴⁹Vgl. Julia Kwong, „The New Educational Mandate in China: Running Schools, Running Businesses“, in: *International Journal of Educational Development*, 2/1996, S.190.

⁵⁰CEY (2001), S.275.

⁵¹Vgl. C.a., 2001/6, Ü 21. In einer Studie von 2001 wurden in 6 verschiedenen Provinzen (Henan, Jiangxi, Sichuan, Guizhou, Shaanxi und Gansu) Schulgebühren zwischen 40 und 170 Yuan pro Jahr ermittelt. Phil Brown & Albert Park (2001), „Education and Poverty in Rural China“, www.personal.umich.edu/~phbrown/EdPov.PDF, 14.3.2003.

Tab. 5: Finanzierungsquellen verschiedener Schultypen 1996-1999 in %

	Grundschule				Sekundarstufe				alle Schulen			
	1996	1998	1999	2000	1996	1998	1999	2000	1996	1998	1999	2000
staatlicher Anteil an den gesamten Bildungsausgaben in %	75,0	76,2	77,5	78,5	74,2	73,8	74,8	74,8	73,9	68,9	68,2	66,5
Anteil des Bildungsetats an den gesamten Bildungsausgaben in %	51,9	55,6	59,0	62,1	49,4	52,0	54,5	56,8	53,6	53,0	54,2	54,2
Nichtstaatliche Quellen:	25,0	23,8	22,5	21,5	25,8	26,2	25,2	25,2	26,1	31,1	31,8	33,5
Davon:												
Fonds ges. Organisationen und Individuen	5,5	6,7	7,7	8,9	5,0	7,9	9,9	11,2	4,4	5,2	5,9	6,7
Spenden und Fundraising	46,7	26,8	19,8	16,0	48,0	26,8	18,6	14,5	32,0	15,5	11,9	8,9
Schulgebühren	33,8	40,2	41,5	42,7	31,6	37,3	40,0	41,0	44,2	40,3	43,7	46,2
andere Quellen	14,0	26,3	31,0	32,4	15,4	28,0	31,5	33,3	19,5	39,0	38,5	38,2

Quelle: ESYC 1999, S.348; ESYC 2001, S.350; SYC 1997, S.670; SYC 2002, S.702.

ellen Angaben liegt die Schulabbrecherrate in der Sekundarstufe I landesweit bei 4,2% (2001), es muss regional allerdings von höheren Raten ausgegangen werden, da in den Statistiken nicht zwischen Stadt und Land unterschieden wird.⁵² Während die Weltbank von steigenden Raten spricht, behauptet China im UNESCO Report von 2000, die Zahl der Schulabbrecher habe in den letzten Jahren effektiv gesenkt werden können.⁵³ Von chinesischer Seite wird oftmals behauptet, die „bäuerliche Mentalität“, der niedrige Bildungsstand der Eltern, traditionelle Rollenbilder und die Unlust vieler Kinder am Lernen seien Schuld am Schulabbruch. Tatsächlich führen die schlechten Berufsaussichten auf dem Land dazu, dass viele Eltern und Schüler nicht den Sinn der teuren und allgemein bildend ausgerichteten Sekundarschulen sehen. Schulabbrecher sind aber schon längst kein ausschließlich ländliches Phänomen mehr, sondern finden sich auch zunehmend unter den Kindern arbeitsloser städtischer Familien.⁵⁴

Wo die Kreise nicht über die nötigen finanziellen Ressourcen verfügen, um Lehrergehälter zu zahlen und Schulgebäude in Stand zu halten, trifft die finanzielle Last ländliche Familien ungleich härter als städtische, die einen

wachsenden Anteil ihrer steigenden Gehälter in die Bildung ihrer Kinder investieren können und hohe Schulgebühren an der gewünschten prestigeträchtigen Schule in Kauf nehmen.⁵⁵ Während in vielen ländlichen Gebieten noch nicht einmal die grundlegenden Bedingungen für den Schulbesuch gegeben sind, können städtische Familien, vorausgesetzt sie sind finanziell potent genug, die beste Bildung für ihre Kinder wählen.

Wo sich der Staat zurückzieht, werden andere Finanzierungsquellen erschlossen. Eine chinesische Besonderheit stellen die wirtschaftlichen Aktivitäten der Schulen zur Co-Finanzierung dar.⁵⁶ Das trifft für tertiäre Bildungseinrichtungen in besonders starkem Maße zu, aber auch Grund- und Mittelschulen begannen seit den späten 80er Jahren, Buchbindereien, kleine Produktionsstätten oder auf dem Land Gartenbau zu betreiben.⁵⁷ Die Schulen haben durch die wirtschaftlichen Aktivitäten die Chance, Finanzprobleme zu lösen und sogar ihre Bedin-

⁵²In einigen südchinesischen Provinzen wird gebietsweise von 30-50% Abbrecherquote in der Sek. I berichtet. Vgl. C.a., 2001/6, Ü 21.

⁵³Vgl. UNESCO (2000) und World Bank (2001b), „China: Challenges in Secondary Education“, www1.worldbank.org/education/secondary/document/china%20text.pdf, S.15.

⁵⁴Pairault (2001), S.5.

⁵⁵Seit den frühen 90er Jahren ist es in den Städten möglich, gegen Bezahlung die gewünschte Schule in einem anderen Bezirk als dem Wohnbezirk zu besuchen oder sich im Falle schlechter Ergebnisse bei der Zulassungsprüfung in eine bessere Schule „einzukaufen“. Vgl. für eine ausführliche Darstellung Mun C. Tsang (2001b), „School Choice in the PRC“, www.teacherscollege.edu/centers/coce/pdf_files/b1.pdf, 10.3.2003.

⁵⁶Für weitere Informationen vgl. Renata Fu-Sheng Franke, „Wirtschaftstätigkeit von chinesischen Schulen. Ökonomie oder Pädagogik?“, in: Franke & Mitter (Hrsg.) (2003), S.72-90.

⁵⁷Kwong (1996), S.189. Laut Bildungsministerium betreiben 93% aller Grund- und Mittelschulen unternehmerische Aktivitäten. Vgl. Liu (2002), S.9.

gungen zu verbessern. Das Business-Fieber birgt dennoch Risiken. Es ist anzunehmen, dass Schulen in den wirtschaftlich prosperierenden Gegenden weniger Probleme haben werden, erfolgreiche Kleinunternehmen zu gründen, als Schulen in abgelegenen ländlichen Regionen. Schulen mit besseren Ausgangsbedingungen, einem guten Ruf oder dem Status einer Schwerpunktschule (*zhongdian xuezhao*)⁵⁸ wiederum werden bessere Chancen haben als durchschnittliche Schulen. Es ist zu befürchten, dass die wirtschaftlichen Aktivitäten die bestehenden strukturellen Ungleichheiten zwischen den Schulen und Regionen weiter verstärken werden. Wenn Schulen unter Druck stehen, mangelnde staatliche Zuwendungen durch private Gelder und unternehmerische Experimente zu kompensieren, leidet nicht nur die Ausbildung. Die Explosion einer Grundschule in Jiangsu, in der Schüler Feuerwerkskörper herstellten, ist nur ein extremes Beispiel für die Folgen der Finanzknappheit.⁵⁹

Die wachsende Anzahl von Privatschulen⁶⁰ auch im Pflichtschulbereich ist Anzeichen einer zunehmenden Kommerzialisierung des Bildungswesens. Die Zahl der privaten Grund- und Mittelschulen nahm Ende der 90er Jahre zu, wenngleich ihr absoluter Anteil weiter gering ist.⁶¹ Ihr Ruf wird aber getrübt von dem Vorwurf der Profitgier, der teilweise schlechten Qualität des Lehrpersonals und der problematischen Schülerstruktur (leistungsschwach, aber reich).⁶² Die Gründung von Privatschulen, die bisher vom guten Willen der lokalen Behörden abhängig waren, soll gefördert werden und ihre rechtliche Situation verbessert.⁶³ Privatschulen stellen für die wohlhabenden Regionen Chinas eine Verbreiterung des Bildungsangebots dar, fördern den angestrebten

⁵⁸Kwong (1996), S.191. So genannte Schwerpunktschulen (*zhongdian xuezhao*) wurden Ende der 70er Jahre eingerichtet, um herausragende Schüler besser zu fördern. Diese Schulen wurden finanziell besonders gefördert und mit besseren materiellen Bedingungen und Lehrern ausgestattet. Zunächst war der Zugang zu diesen Schulen nur durch hervorragende Prüfungsnoten zu erreichen, zunehmend können die Schulen aber auch einen Teil ihrer Schüler durch die Zahlung hoher Schulgebühren selbst rekrutieren.

⁵⁹Hongkong AFP, 1.3.2001, nach FBIS, 16.3.2001.

⁶⁰Unter den Privatschulen (*minban*-Schulen) gibt es Eliteschulen, die mit exzellenten Lernbedingungen, Zusatzkursen und materieller Ausstattung locken. Das Gros kann zwar nicht diesen hohen Standard bieten, verfügt aber über größere Autonomie bei Lehrerrekutierung, Schülerauswahl und Curriculumgestaltung als staatliche Schulen. Auf dem Land sind der Großteil der als nichtstaatlich bezeichneten Schulen die von der Gemeinde selbst betriebenen ehemaligen *minban*-Schulen (jetzt *jiti ban*). Diese tragen aber kaum zum Ansteigen der privaten Grund- und Mittelschulen bei. Vgl. Liu (2002), S.9. Für mehr Informationen zu Privatschulen in China vgl. Wang Peng (2001), „Private Education Emerges in Modern China: A Comparative Case Study“, www.joho.nucba.ac.jp/NJLCCArticles/vol032/07PWANG.PDF, 10.3.2003; Cheng Haojing & Brian DeLany (1999), „Quality Education and Social Stratification: The Paradox of Private Schooling in China“, www.tc.columbia.edu/cice/articles/hcbd112.pdf, 10.3.2003.

⁶¹Während die Gesamtzahl der Schulen zurückging, stieg der Anteil der privaten Grundschulen von 0,6% (1997) auf 1% (2000). Der Anteil der privaten unteren Mittelschulen wuchs von 1,6% auf 3,8%. ESY (2000), S.59, 82, (1999), S.57, 80, (1997), S.57, 80 und (1996), S.55, 78. Zu den Grundschulen wurden die externen Unterrichtsplätze gerechnet; die unteren Mittelschulen beinhalten die Gesamtmittelschulen.

⁶²Christine Nguyen Tri, „The Privatisation of Education in China“, in: *China Perspectives*, 36/2001, S.27-34.

⁶³Privatschulorganisationen klagten bisher über finanzielle Willkür und Langsamkeit der Behörden sowie über mangelnde Autonomie. Tri (2001), S.33.

Wettbewerb zwischen den Schulen und können die Qualität der Ausbildung positiv beeinflussen. Diversifizierung, Privatisierung und Kommerzialisierung entlasten zwar den Staat, stellen gleichzeitig aber eine sozial ungerechte Umverteilung der Kosten dar, die wirtschaftlich schlechter gestellte Familien benachteiligt und einmal mehr die geographischen und sozialen Ungleichheiten verstärkt.

3.4 Qualität der Bildung

Mitte der 90er Jahre erfuhr ein neues Bildungskonzept verstärkte Aufmerksamkeit, das die Qualität der Bildung verbessern helfen sollte. *Suzhi jiaoyu* („allseitige Entwicklung der Persönlichkeit“ bzw. wörtlich „Qualitätsbildung“) ist der umfassende Versuch, das Bildungsniveau zu heben, um auf die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts zu reagieren und international konkurrenzfähiger zu werden. Die traditionelle chinesische Lernkultur soll durch westlich geprägte Erziehungs- und Lernmodelle ergänzt werden.⁶⁴ „Qualitätsbildung“ umfasst die Reform der Curricula, Lehrbücher, Lehrmethoden und die Modernisierung der Inhalte.

Folgende Ziele wurden formuliert.⁶⁵

- Kompetenzen fördern, individuelle Begabungen der Schüler herausbilden.
- Kreatives und eigenständiges Denken fördern, Fähigkeiten zur Analyse und Problemlösung entwickeln, praktische und soziale Fähigkeiten stärker betonen.
- Projektorientierte Unterrichtsformen wie Gruppenarbeit, Rollenspiele, Diskussionen fördern.
- Das prüfungsorientierte Schulwesen (*yingshi jiaoyu*) zugunsten von Kreativität, Eigeninitiative und Individualität reformieren und damit den Druck auf die Schüler reduzieren.
- Moralische Attribute wie Patriotismus, Kollektivismus und Disziplin betonen, die psychische und physische Gesundheit der Schüler fördern.
- Das Profil der Schulen durch Betonung ihrer Tradition, der Schülerstruktur und Schwerpunkte stärken.
- Das Curriculum flexibler und auf regionale Bedürfnisse abgestimmt gestalten, Diversifizierung durch Einführung von Wahl- und Pflichtfächern, Talente nach regionalen Bedürfnissen ausbilden.
- Die Inhalte der Lehrbücher modernisieren, an praktischen Problemen und der Lebenswelt der Schüler ausrichten, kulturelle Besonderheiten stärker berücksichtigen statt uniforme und national einheitliche Lehrbücher anzubieten.
- Moderne Informationstechnologie integrieren.

Das vage formulierte Ziel war es, bis zum Jahr 2000 die Prinzipien der „Qualitätsbildung“ im ganzen Land zu popularisieren.⁶⁶ So weit ist es bislang zwar noch nicht gekommen, dennoch wurden in vielen Provinzen Modellprojekte gestartet, die nach und nach ausgeweitet werden sollen. Vorreiter sind hier die Küsten- und Nordostprovinzen sowie vor allem Shanghai:

⁶⁴*Das große China-Lexikon*, S.739.

⁶⁵Vgl. Pei Dina, „Die Curriculumreform für die neunjährige Pflichtschule in China“, in: Franke & Mitter (2003), S.17-30; Stig Thøgersen, „The ‘Quality’ of Chinese Education and the New Ideal Student“, in: *NIASnytt*, 4/2000, S.4-7.

⁶⁶MOE (1998).

- In die Curricula einiger Provinzen wurden stärker praktische Anteile (wissenschaftliche und technische Praxis, Experimente, Arbeitsgruppen, soziale Aktivitäten außerhalb des Unterrichts) integriert.
- In Shanghai wurden an einigen Schulen außerschulische Aktivitäten und Wahlpflichtfächer ausgebaut.⁶⁷
- Das bisherige 100-Punkte-Prüfungssystem wurde durch vier bis fünf Abstufungen ersetzt und durch eine Beurteilung (Moral, Lernverhalten, Betragen) ergänzt, Prüfungen wurden teilweise reduziert.⁶⁸
- Der Anteil von Sport- und Musikunterricht wurde erhöht.⁶⁹
- Seit 1993 wurden landesweit die Lehrbücher mehreren Reformen unterzogen, veraltete oder zu schwere Inhalte ersetzt und auf den Praxisbezug überprüft.⁷⁰ Den Provinzen wurde größere Mitgestaltung zugestanden. Ab Herbst 2000 sind alle Lehrbücher und Unterrichtspläne der Grundschulen und Sekundarstufe I erneuert worden.
- In den Lehrbüchern bspw. für Staatsbürgerkunde stehen statt Nation, Volk und sozialistische Gesellschaft nun stärker individuelle Werte, die Kultivierung von persönlichen Stärken und die Betonung von Verantwortung gegenüber der Umwelt im Vordergrund.⁷¹

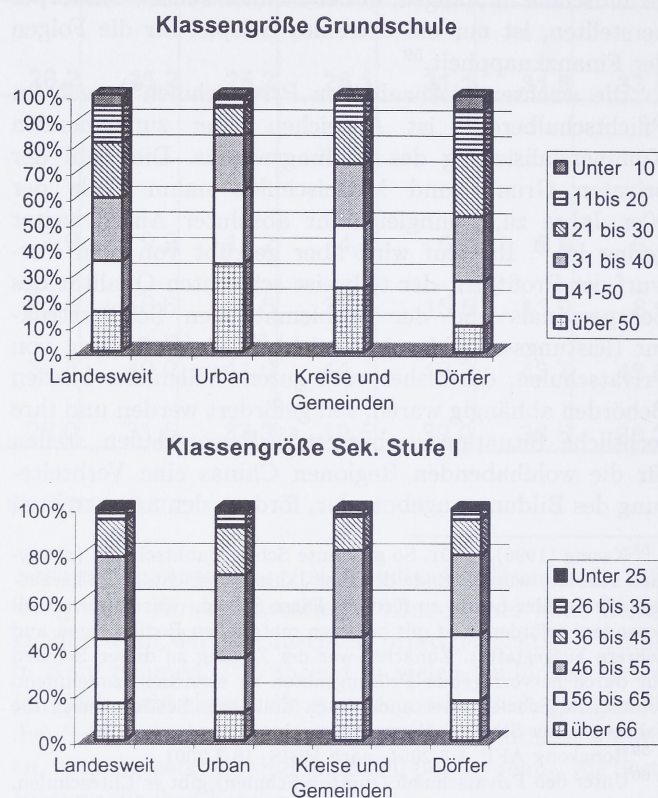
Für die ländlichen Gebiete sieht die Zielsetzung der Qualitätsbildung etwas anders aus. Weil es nicht in erster Linie darauf ankommt, die Kinder „auf die Liste der erfolgreichen Hochschulkandidaten“ zu setzen, sondern die Bildungsinhalte mit der ländlichen Entwicklung zu verzahnen und den Bauern durch Bildung einen bescheidenen Wohlstand zu ermöglichen, sollen die Curricula, Lehrbücher und Methoden regional entwickelt werden, auf lokale Wirtschaftsstrukturen abgestimmte berufsbildende Anteile enthalten und von qualifiziertem technischen Lehrpersonal vermittelt werden.⁷²

Es ist nicht einfach, genaue Informationen über die bisherigen Resultate bei der Verbreitung der „Qualitätsbildung“ zu bekommen, da die Versuche regional sehr unterschiedlich vorangeschritten sind und bisher keine Evaluierungen vorliegen. Die Verbesserung der Qualität und Effizienz im Pflichtschulbereich ist ein langfristiger Prozess, da er die Ausbildung kompetenter Lehrkräfte erfordert. Die Bestimmungen des Lehrergesetzes von 1993 in Bezug auf Aus- und Weiterbildung sowie Lehrergehälter müssen umgesetzt werden,⁷³ und die Ausbildung sollte inhaltlich auf die „Qualitätsbildung“ ausgerichtet werden.

Die Herausforderungen für das Projekt Qualitätsbildung ergeben sich aus den aktuellen Unterrichtsbedingungen: Der Unterricht findet in großen Klassenverbänden statt: Knapp 60% der Grundschulklassen haben mehr als 30 Schüler (vgl. Graphik 2). Besonders groß sind die Klassen in den Städten, mehr als 80% der Klassen haben über 30 Schüler, fast 35% über 50. Die Klassengröße steigt in

der Sekundarstufe I sogar noch an, in landesweit mehr als 90% aller Klassen sitzen mindestens 36 Kinder, in ca. 40% mehr als 56. Das Lehrer-Schüler-Verhältnis ist im Vergleich dazu erstaunlich niedrig mit einem Verhältnis von 1:22 in den Grundschulen und 1:19 in den Mittelschulen der Sekundarstufe I (2000).⁷⁴ Tatsächlich ist es so, dass die Schulen für jedes Fach eine entsprechende Anzahl Lehrer einstellen müssen. Die Lehrer verbringen aber einen großen Teil ihrer Arbeitszeit außerhalb des Klassenraumes mit der Vorbereitung des Unterrichts, der Prüfungen, der Evaluation und der Betreuung von schwachen Schülern.⁷⁵ Insgesamt werden viele Lehrer nicht effektiv eingesetzt.

Graphik 2: Klassengröße nach administrativen Ebenen 2000



Quelle: ESYC 2000, S.68 und 89.

Die großen Klassen sind zudem nicht geeignet für Lernexperimente, Disziplin und Ruhe müssen gewährleistet sein; der Lehrer ist das Zentrum des Unterrichts, die Schüler lauschen und schreiben mit. Gruppenarbeit oder selbstständiges Fragen sind bisher nicht üblich, und auf jede Frage gibt es eine standardisierte Antwort. Passen also die neuen Konzepte mit den autoritären Strukturen im Klassenraum zusammen?

Dabei wäre eine Reform der prüfungsorientierten Curricula und Methoden durchaus notwendig. Schüler und Eltern klagen öffentlich über zu viele Hausaufgaben, zu wenig Bewegung, Stress und psychische Probleme. Selbst Jiang Zemin sah sich nach dem Mord eines Schülers,

⁶⁷Pei (2003), S.19.

⁶⁸CEY (1998), S.123f.

⁶⁹Thogersen (2000).

⁷⁰CEY (2001), S.106.

⁷¹Dominique Tyl, „The Formation of New Citizens in China's Secondary Schools“, in: *China Perspectives*, 39/2002, S.4-16.

⁷²Xinhua, 17.10.2002, nach FBIS, 21.10.2002.

⁷³Englische Fassung des Gesetzes in: *Chinese Education and Society*, Mai/Juni 1999, S.19-29.

⁷⁴ESYC (2000), S.18. Dies trifft offensichtlich für die Mittelschulen in noch stärkerem Maße als für die Grundschulen zu, da hier die Klassen zwar größer sind, das Lehrer-Schüler-Verhältnis aber geringer ist.

⁷⁵World Bank (2001b), S.19.

der wahrscheinlich den permanenten Leistungsdruck nicht mehr aushalten konnte, an seiner Mutter dazu veranlasst, die Überbetonung des Buchwissens zu kritisieren und eine stärkere Betonung von außerschulischen und sozialen Aktivitäten sowie der moralisch-ideologischen Bildung zu fordern.⁷⁶

Das Problem ist nicht neu. Die Kinder werden vonseiten der Eltern von früh bis spät auf Leistung getrimmt und zum Erlernen von Fremdsprachen oder Musikinstrumenten animiert, um im hart umkämpften Arbeitsmarkt Vorteile zu ergattern. Alle Hoffnungen werden auf die Zukunft des einzigen Kindes projiziert. Versuche der Regierung, die Belastung der Kinder durch weniger Prüfungen und Hausaufgaben zu reduzieren, werden von den Eltern nicht selten boykottiert, weil sie um die Zugangschancen ihrer Kinder auf höhere Schulen fürchten, die wiederum über strenge Prüfungen geregelt sind. Um den Teufelskreis des Leistungsstrebens zu durchbrechen, müsste ein umfassendes Reformmodell für das Prüfungssystem gefunden werden.

4 Schluss

Aus den obigen Ausführungen wird deutlich, dass die chinesische Regierung die Probleme und Herausforderungen im Pflichtschulbereich erkannt hat und bereit ist, diese zu lösen. Sie hat in vielen offiziellen Dokumenten die Grundbildung als wichtigen Reformbereich auf dem Weg zur Wissensgesellschaft hervorgehoben und ist auch bereit, die bestehenden Hindernisse in der Öffentlichkeit relativ offen zu diskutieren.

Obwohl die Regierung die Verwirklichung der neunjährigen Schulpflicht im Wesentlichen als realisiert ansieht, bleibt die Konsolidierung der Schulpflicht in den ländlichen und Armutsgeländen weiterhin eine Hauptaufgabe.⁷⁷ Der neue Premierminister Wen Jiabao hat bereits geäußert, dass er die größten Probleme in eben diesen Gebieten sieht. Dadurch und auch durch die ungleiche Entwicklung zwischen den Provinzen sowie die wachsende Arbeitslosigkeit in den Städten sieht er sogar die soziale Stabilität gefährdet.⁷⁸

Im Zentrum der Bemühungen um die Grundbildung stehen zu Beginn des 21. Jahrhunderts die Westprovinzen. Neben erheblichen finanziellen Leistungen der Zentralregierung werden staatlicherseits Entwicklungspartnerschaften zwischen den Schulen initiiert sowie die Weiterbildung von Lehrkräften durch Fernbildung gefördert. Angesichts dieser Bestrebungen muss aber auch darauf hingewiesen werden, dass ein anderes Problem, der Schulbesuch der Migrantenkinder in den Städten, noch immer einer landesweiten Lösung bedarf, die nur mit einer Reform des Aufenthaltsrechts (*hukou*) einhergehen kann.

Trotz der politischen Willensbekundungen in Sachen Bildungsfinanzierung und stetig wachsender absoluter Bildungsausgaben bleiben weiterhin die strukturellen Probleme der Finanzierung: Die Lokalregierungen kommen ihren Pflichten nicht nach, Probleme der Schulgebühren und der Auszahlung von Lehrergehältern bestehen weiter. Zwar wird gemeldet, dass einige Gebiete die Gebühren für einkommensschwache Familien erlassen oder vereinfachen⁷⁹ und die Zentralregierung Lehrergehälter übernimmt. Es fehlt jedoch bisher an einem nationalen Gesetz zur Bildungsfinanzierung, das die lokalen Regierungen entlastet und langfristig eine sozial gerechte Umverteilung vornimmt. Stellenweise wurde bereits die Forderung laut, dass sich die Zentrale und die Provinzen stärker an der Finanzierung der Grundbildung beteiligen sollten.⁸⁰

In der hier beschriebenen Diversifizierung der Finanzquellen, in den Kommerzialisierungs- und Privatisierungstendenzen auch im Pflichtschulbereich spiegelt sich das chinesische Verständnis von Bildung unter dem Einfluss der Reformpolitik und des globalen Wettbewerbs wider. Einen weiteren Schritt in diese Richtung hat die chinesische Regierung mit der Verabschiedung des Gesetzes über Privatschulen im Dezember 2002 unternommen, in dem die rechtliche und finanzielle Gleichstellung der staatlichen und privaten Schulen festgelegt ist.⁸¹ Diese Tendenzen werden als positiver Antrieb für Qualität und Modernisierung betrachtet. Bildung wird zunehmend zur Ware, die Eltern zu Konsumenten. Wie viel „Industrie“ (*chan-ye*) darf die Pflichtschulbildung aber sein? Es wurde zwar gezeigt, dass der Staat wieder mehr in die Grundbildung investiert, die Eigenbeteiligung der Eltern für einen Bereich der Bildung, der zur *Pflicht* deklariert wurde, ist aber immer noch hoch und widerspricht entschieden dem Prinzip des gleichen Zugangs zu Bildung.

Die wohl größte Chance für die Verwirklichung einer Wissensgesellschaft liegt in dem Projekt „Qualitätsbildung“. Die chinesischen Medien und Fachzeitschriften diskutieren dieses Thema ausführlich. Was bisher nur in Modellprojekten praktiziert wird, könnte langfristig unter der Voraussetzung einer angepassten Lehrerausbildung das Bildungssystem komplett verwandeln. Dafür spricht, dass in Folge der Ein-Kind-Politik die Schülerzahlen in den Grundschulen und der Sekundarstufe I in Zukunft sinken werden. So könnte die Regierung mehr Wert auf Qualität und Effizienz legen.

Die Qualität der Bildung erhöhen heißt aber auch, regionale Arbeitsmarktbedürfnisse stärker zu berücksichtigen. Diese Aufgabe betrifft besonders die Sekundarstufe

⁷⁹In Ningbo werden einkommensschwache Familien von den Gebühren befreit. Xinhua, 1.7.2002, nach BBC EF, 2.7.2002. In Guangdong wurden die Gebühren vereinfacht. XNA, 23.7.2002.

⁸⁰Vgl. Tsang (2001a), S.12ff.; Xinhua, 5.3.2001, nach BBC PF, 7.3.2001.

⁸¹Vgl. C.a., 2002/12, Ü 21. Privatschulen bekommen beim Management, bei Schulgebühren, Evaluation, Administration und der Auswahl der Kurse große Autonomie zugesprochen unter der Voraussetzung, dass diese sich streng an die staatlichen Auflagen zum Schulmanagement halten. Privatschulen dürfen sogar in einem „vernünftigen Rahmen“ Profit machen. Lehrer und Schüler haben die gleichen Rechte und Pflichten wie an staatlichen Schulen. Mit dem Hinweis auf die unbedingte Beachtung der vorhandenen Gesetze ist vor allem die Sorge verbunden, der Staat könne die Kontrolle über die in den Privatschulen vermittelten Inhalte, vor allem die politisch-moralische Bildung, verlieren.

⁷⁶Vgl. C.a., 2000/3, Ü 24. Die Forderung nach mehr moralisch-ideologischer Bildung und Erziehung zu den Werten Patriotismus, Kollektivismus und Sozialismus kommt immer dann, wenn man glaubt, die Probleme der Gesellschaft nicht anders in den Griff zu bekommen. Sie ist das Allheilmittel gegen die negativen Einflüsse der Reformpolitik, gegen jegliche Charakterschwäche und psychische Probleme der Schulkinder.

⁷⁷Vgl. C.a., 2000/12, Ü 21.

⁷⁸Xinhua, 18.3.2003, nach FBIS, 21.3.2003.

I, die vor allem in ländlichen Gebieten nicht nur auf den Übergang zur Sekundarstufe II ausgerichtet sein sollte, sondern auch verstärkt berufsbildende, landwirtschaftliche und technische Fähigkeiten integrieren müsste. Bisher geschieht das nur in Modellprojekten.⁸² Diese praktische Ausrichtung der Grundbildung könnte eine Möglichkeit sein, die SchulabbrecherInnen zu senken.

Werte wie Kreativität, Innovations- und Analysefähigkeit sowie Selbstständigkeit im Lernprozess könnten das politische und ideologische Fundament verändern, denn diese Bildungsideale verlangen ein demokratisches und offenes Klima im Klassenzimmer. Der chinesischen Führung geht es aber wohl vielmehr um Wettbewerbsfähigkeit. Lässt sich diese aber durch verordnete Kreativität erreichen? Es wird sich erst in Zukunft zeigen, ob das autoritäre staatliche Rahmenwerk, die Strukturen in den Klassenzimmern und die anhaltende Betonung der moralisch-ideologischen Bildung die Ideale der „Qualitätsbildung“ zulassen und wie China diese in seine traditionelle Lernkultur integriert.

5 Literaturverzeichnis

Statistische Jahrbücher und Regierungsveröffentlichungen

- China Education Yearbook Publ. Dept., *China Education Yearbook* (CEY) 1998, 2000, 2001
- Compulsory Education Law of the People's Republic of China 1986, in: *Chinese Education and Society*, Mai/Juni 1999, S.14-18
- Li Jingwen (1999), "The Transformation in the Nature of Education: Education is both an Undertaking (*shiyue*) and an Industry (*chanye*)", in: *Chinese Education and Society*, Jan./Feb. 2000, S.47-52
- Ministry of Education (Dept. of Development & Planning), *Educational Statistics Yearbook of China* (ESYC) 1993, 1996, 1997, 1999 und 2000
- Ministry of Education PRC 1998, "Action Plan For Vitalizing Education in the 21st Century", in: *Chinese Education and Society*, Juli/August 2001, S.18-28
- Ministry of Education PRC, "Outline for Reform and Development 1993", www.moe.edu.cn, 28.1.2003
- National Bureau of Statistics of China, *Statistical Yearbook of PRC* (SYC) 2000, 2002
- State Education Commission PRC (International Conference on Education 45th Session, Geneva, 1996), *The Development and Reform of Education in China 1995-1996*
- Zhang Baoqing (1999), "On a few major relationships in today's educational work", in: *Chinese Education and Society*, Jan./Feb. 2000, S.7-37

Zeitschriftenartikel

- Borevskaya, Nina, "Restructuring the Financing of the State System of Education in the People's Republic of China", in: *Far Eastern Affairs*, 2/2001, S.47-66
- Hannum, Emily, "Poverty and Basic-Level Schooling in China: Equity Issues in the 1990s", in: *Prospects*, Dez. 1999, S.561-576
- Kwong, Julia, "The New Educational Mandate in China: Running Schools, Running Businesses", in: *International Journal of Educational Development*, 2/1996, S.185-194
- Pairault, Thierry, "Initial Training and Economic Development", in: *China Perspectives*, 36/2001, S.5-15
- Rong Xuelan & Shi Tianjin, "Inequality in Chinese Education", in: *Journal of Contemporary China*, 10/2001, S.107-126
- Thogersen, Stig, "The 'Quality' of Chinese Education and the New Ideal Student", in: *NIASnytt*, 4/2000, S.4-7
- Tri, Christine Nguyen, "The Privatisation of Education in China", in: *China Perspectives*, 36/2001, S.27-34
- Tyl, Dominique, "The Formation of New Citizens in China's Secondary Schools", in: *China Perspectives*, 39/2002, S.4-16
- Wang Chengzhi, "Minban Education: The Planned Elimination of the 'People-Managed' Teachers in Reforming China", in: *International Journal of Educational Development*, März 2002, S.109-129
- Wang Chengzhi, "Minority Education in China: From State's Preferential Policies to Dislocated Tibetan Schools", in: *Educational Studies*, 1/2003
- Zhang Lijia, McLeod, Calum, "Learning Difficulties", in: *China Review*, Sommer 2000, S.24-27

Internetquellen

- Brown, Phil, Park, Albert (2001), "Education and Poverty in Rural China", www.personal.umich.edu/~phbrown/EdPov.PDF, 14.3.2003
- Cheng Haojing, DeLany, Brian (1999), "Quality Education and Social Stratification: The Paradox of Private Schooling in China", www.tc.columbia.edu/cice/articles/hcbd112.pdf, 10.3.2003
- Jing Min & Qi Zhiyong, "Rural Community Learning Centers in Education for Poverty Alleviation", www.accu.or.jp/litdbase/break/pdf/CHNf914A.PDF, 10.3.2003
- Liu Xiaohua (2002), "Overview of Educational Needs and Philanthropic Opportunities in China", http://www.icfdn.org/cde/China%20Education%20Needs.doc, 10.3.2003
- Tsang, Mun C. (2001a), "Intergovernmental Grants and the Financing of Compulsory Education in China", www.teacherscollege.edu/centers/coce/pdf_files/a1.pdf, 20.2.2003
- Tsang, Mun C. (2001b), "School Choice in the PRC", www.teacherscollege.edu/centers/coce/pdf_files/b1.

⁸²Vgl. Xinhua 17.10.2002, nach FBIS, 21.10.2002. Eine wichtige Rolle könnten hier auch die so genannten „Rural Community Learning Centers“ spielen. Vgl. Jing Min & Qi Zhiyong, „Rural Community Learning Centers in Education for Poverty Alleviation“, www.accu.or.jp/litdbase/break/pdf/CHNf914A.PDF, 10.3.2003.

pdf, 10.3.2003

UNESCO (2000) "Education for All: The Year 2000 Assessment Final Country Report of CHINA", <http://www2.unesco.org/wef/countryreports/china/contents.html>, 20.2.2003

UNESCO (2002), "EFA Global Monitoring Report", www.portal.unesco.org/uis/TEMPLATE/pdf/efa/EFAGMR2.pdf, 10.3.2003

Wang Peng (2001), "Private Education Emerges in Modern China: A Comparative Case Study", www.joho.nucba.ac.jp/NJLCCarticles/vol032/07PWANG.PDF, 10.3.2003

Wang, Samuel C. (1999), "Project Hope and the Hope School-System in China: A Re-Evaluation", www.epaa.asu.edu/epaa/v7n28.html, 1.4.2003

World Bank (2001a), *China and the knowledge economy. Seizing the 21st century*

World Bank (2001b), *China: Challenges of secondary education*

World Bank (1999), *Strategic goals for Chinese education in the 21st century*

Buchartikel

Franke, Renata Fu-Sheng, "Wirtschaftstätigkeit von chinesischen Schulen. Ökonomie oder Pädagogik?" in: Renata Fu-sheng Franke & Wolfgang Mitter (Hrsg.): *Das Bildungswesen in China. Reform und Transformation*, Köln: Böhlau 2003, S.72-90

Li Xuejing, "Bildung der nationalen Minderheiten in China", in: Franke & Mitter (Hrsg.), S.47-56

Pei Dina, "Die Curriculumreform für die neunjährige Pflichtschule in China", in: Franke & Mitter (Hrsg.), S.17-30

Seiichi Masuyama & Donna Vandenbrink, *Towards a Knowledge Economy. East Asia's Changing Industrial Geography*, Nomura Research Institute, Tokyo/Institute of Southeast Asian Studies, Singapore, S.3-39

Nachschlagewerke

Staiger, Friedrich, Schütte (Hrsg.), *Das große China-Lexikon*, Darmstadt: Primus Verlag 2003

World Education Encyclopedia, Volume 1, Farmington Hills 2002, S.238-246

* Birte Seffert war vom 17.2. bis 11.4.2003 Praktikantin am Institut für Asienkunde. Sie studiert Sinologie, Erziehungswissenschaft und Politikwissenschaft an der FU Berlin.